

## Diversity und Menschenrechte in Nicaragua – Ein schwieriges Thema

---

Am Mittwoch den 05.12.18 bekam das Referat für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln, welches auch die Städtepartnerschaft Kölns mit Corinto/El Realejo (in Nicaragua) betreut, Besuch von einem Menschenrechtsaktivisten, der sich für die Rechte von marginalisierten Gruppierungen in Nicaragua einsetzt. Ihm sind vor allem auch Themen wie sexuelle Vielfalt/Diskriminierung ein Anliegen. Begleitet von Klaus Jetz, Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland, berichtete der nicaraguanische Besucher, der aus Sorge vor politischer Verfolgung anonym bleiben soll, Vertretern des Referats für Internationale Angelegenheiten, der Dienststelle Diversity und des Vorstandes des zivilgesellschaftlichen Städtepartnerschaftsverein Köln – Corinto/El Realejo e.V. von aktuellen Ereignissen in seinem Heimatland.

Neben dem allgemein bekannten harten Durchgreifen der sandinistischen Regierung gegen ihre Kritiker beim Protest gegen Präsident Ortega, bei dem hunderte Menschen starben, berichtete der Besucher außerdem von anderen Mitteln als roher Gewalt, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. So würde medizinischem Personal nicht nur ausdrücklich verboten, Regierungsgegner, die sich bei den Protesten verletzt, ärztlich zu versorgen, sondern es würden auch Ärzte und Schwestern aus ihren Jobs entlassen, wenn sie sich über diese Anordnung hinwegsetzten.

Die Zentralregierung entscheide über viele Ressourcen und zwingt viele Angestellten im gesamten Land, an der Repression teilzunehmen. Neben den Verhaftungen von Protestierenden, die generell des Terrors bezichtigt würden, würden oftmals ganze Familien inhaftiert. Der Willkür des Staates hätten vor allem verwundbare und marginalisierte Gruppen wenig entgegenzusetzen. Trotz zahlreicher sexueller Missbrauchsvorwürfe gegen Vertreter der Nationalregierung, lehnten 90% aller Opfer von sexueller Gewalt es ab, Anzeige zu erstatten, weil sie kein Vertrauen in die Justiz hätten. Die „generalisierte Gewalt“ im ganzen Land treffe vor allem LSBTI-Gruppierungen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) empfindlich, denn sie seien am einfachsten zu identifizieren und somit eine der verletzlichsten Personengruppen.

Protest-Akteure würden immer wieder und systematisch mit homophoben Kampagnen in sozialen Netzwerken attackiert und mit der Opposition in Verbindung gebracht oder sogar mit Staatsstreichbezeichnungen konfrontiert, obwohl sich vor allem das Netzwerk „Mesa Nacional LGBTIQ“, das mehrfach Opfer dieser Hetzkampagnen wurde, einzig und allein für Menschenrechte und Frieden einsetze und ansonsten keine politischen Ziele verfolge. Zum jetzigen Zeitpunkt seien circa 50% der Mitglieder der „Mesa Nacional“ des Terrors bezichtigt und daher entweder inhaftiert, oder lebten im Exil. Die Hetze laufe immer in mehreren Schritten ab: Zuerst kämen Drohungen über soziale Medien, dann würden Familienmitglieder bedroht, manchmal sogar verfolgt und massiv eingeschüchtert. Die Kritiker der Regierung selbst würden oftmals verfolgt und willkürlich von der Polizei verhaftet. Bei diesen Verhaftungen sei der Diebstahl von persönlichen Dingen, wie Telefonen oder Laptops an der Tagesordnung, denn gerade diese Gegenstände seien eine willkommene Informationsquelle für Kontakte und Termine. Verhaftungen und Inhaftierungen fänden ohne offizielle Anschuldigungen statt, und besonders die im Gesetz verankerte neue Terrordefinition diene vor allem dazu, Proteste zu kriminalisieren. Einmal in Haft, würden die Inhaftierten menschenunwürdig behandelt, gepeinigt und zum Teil körperlich und sexuell missbraucht. Das

Anliegen der „Mesa Nacional“ bestehe momentan hauptsächlich darin, Beweise und Informationen zu diesen Vergehen zu sammeln, um sie zu einem späteren Zeitpunkt vor Gericht zu bringen.

Diese Situation müsse öffentlich gemacht werden, damit Aufklärung stattfinden könne. Es sei wichtig, sicherzustellen, dass finanzielle Mittel aus Deutschland nicht zur Repression missbraucht würden, sondern die Demokratie aufbauen. Außerdem müsse immer wieder die Freilassung der Protestanten gefordert werden. Zusätzlich müsse generell mehr internationaler Druck auf Präsident Ortega ausgeübt werden.

Der Menschenrechtler äußerte sich auch zu Städtepartnerschaften zwischen deutschen und nicaraguanischen Kommunen: Projekte, die gemeinsam mit der Partnerstadt in Nicaragua entwickelt würden und dem Volk nützten, sollten weitergeführt werden. Wichtig sei es aber, sicherzustellen, dass die Projektgelder nicht in Töpfen der Zentralregierung landen und zur Repression genutzt würden. NGOs vor Ort oder die katholische Kirche in diesen Prozess mit einzubeziehen, könne ein sinnvoller Weg der Kontrolle und Gegenkontrolle sein, um Gelder auch nachverfolgen zu können.

Im März 2019 findet in Genf ein UPR(Universal Periodic Review)-Verfahren zur Überprüfung der Menschenrechtslage in Nicaragua statt. Dieses Verfahren prüft sowohl die Berichte der nicaraguanischen Regierung als auch die Schattenberichte von dort ansässigen NGOs wie der „Mesa Nacional“ und bewertet dann die aktuelle Situation.